

#MITBESTIMMUNG 23. Oktober 2015

# "Es geht um Vertrauen, Wertschätzung und gute Kommunikation"

Betriebsrätinnen und Betriebsräte der EVG machen einen guten Job. Stellvertretend für viele betriebliche Interessenvertreter unserer Gewerkschaft präsentieren sich drei EVG-geführte Gremien auf dem Deutschen Betriebsräte-Tag in Bonn. Der Betriebsrat von DB ProjektBau GmbH in Hamburg ist für den Deutschen Betriebsräte-Preis nominiert.



Betriebsrätinnen und Betriebsräte der EVG machen einen guten Job. Stellvertretend für viele betriebliche Interessenvertreter unserer Gewerkschaft präsentieren sich drei EVG-geführte Gremien auf dem Deutschen Betriebsräte-Tag in Bonn. Der Betriebsrat von DB ProjektBau GmbH in Hamburg ist für den Deutschen Betriebsräte-Preis nominiert.

„Standard ist nicht unser Standard“ - unter diesem Motto setzten die Interessenvertreter entscheidende Veränderungen bei der Einführung eines neuen Bürokonzeptes durch. Der BR-Vorsitzende Jörg Kohlstedt präsentierte

das Projekt vor den rund 500 Teilnehmern des „Parlaments der Betriebsräte“ im Alten Plenarsaal in Bonn.

Im Zuge der Konzentration von Standorten in Hamburg führte der DB-Konzern für rund 1100 Beschäftigte Großraumbüros ein („open space“). In Büros mit rund 400 Quadratmetern Größe sollten bis zu 30 Beschäftigte arbeiten. „Verfolgen Sie die Telefonate Ihrer Kollegen, mischen Sie sich ein“, so beschrieb Jörg Kohlstedt die Pläne des Arbeitgebers. Die Kolleginnen und Kollegen von DB ProjektBau brauchen für ihre Tätigkeit auf ihren Schreibtischen aber Platz für große Monitore und umfangreiche Pläne. Viele von ihnen, z.B. die Prüfer, üben sehr sensible Tätigkeiten aus, für die sie eine ruhige Arbeitsumgebung brauchen. Der Arbeitgeber argumentierte mit Konzernstandards und damit, dass andere Lösungen, z.B. größere Schreibtische, „systemisch nicht vorgesehen“ seien. „Unsere Arbeit ist nicht Standard, unsere Kollegen sind nicht Standard, unsere Teams sind nicht Standard. Aber unsere Schreibtische sollten Standard sein. Dagegen haben wir uns gewehrt.“

Inzwischen konnte der Betriebsrat erreichen, dass die Büros mit 15 bzw. maximal 21 Beschäftigten besetzt werden, dass Planer und Prüfer eigene Büros haben und dass größere Schreibtische angeschafft wurden. Entscheidendes Druckmittel war die Anwendung des § 111 Betriebsverfassungsgesetz, der die Mitbestimmung bei Betriebsänderungen regelt. Zwar stehen dem Betriebsrat hier laut Gesetz nur Anhörungs- und Beratungsrechte zu. Der Betriebsrat drohte aber damit, Versetzungsmaßnahmen nach § 99 abzulehnen und zwang so den Arbeitgeber dazu, ihm mehr einzuräumen als bloße Beratung und Anhörung. Im Ergebnis wurde eine gemeinsame Handlungsempfehlung erarbeitet und eine entsprechende Betriebsvereinbarung abgeschlossen.

Manch einer könne das für ein Luxusproblem halten, so Jörg Kohlstedt. „Aber es geht hier um Arbeitsplätze, um Beschäftigungsbedingungen und um Gesundheitsschutz. Es geht um Vertrauen der Führungskräfte gegenüber den Beschäftigten, es geht um Wertschätzung und um Kommunikation.“

Zur Eröffnung des Deutschen Betriebsräte-Tages hatte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann die Leistungen der betrieblichen Interessenvertreter gewürdigt. Rund 180.000 Mitarbeitervertreter in Deutschland sorgen beständig für eine bessere Arbeitswelt. Sie gestalten die Arbeit der Zukunft mit, ob es nun um Digitalisierung oder demographische Entwicklung gehe. Und jetzt werde eine weitere Rolle zentral: „Sie sind es, die sich für die Integration von Flüchtlingen einsetzen“.

Der Betriebsrat von DB Regio Baden-Württemberg informiert auf der begleitenden Ausstellung seine Kampagne „Eisenbahner fordern fairen Wettbewerb im Nahverkehr“. Ausgangspunkt war die Ausschreibung von Nahverkehrsleistungen im Bundesland. Dabei verzichtete die Landesregierung bewusst auf die Festschreibung von Tarif- und Sozialstandards. „Wir haben kein Problem damit, wenn andere Unternehmen als die Deutsche Bahn zum Zuge kommen“, sagt der Betriebsratsvorsitzende Guido Pontone. „Aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Das Tariftreuegesetz im Bundesland ist nicht ausreichend. Die Landesregierung muss die Möglichkeiten der EU-Verkehrsverordnung 1370 ausschöpfen.“

Der Betriebsrat startete eine öffentliche Kampagne, mit der unter anderem Reisende animiert wurden, für die Einhaltung von Lohn- und Sozialstandards zu unterschreiben. Rund 6.000 Unterschriften gingen beim Stuttgarter Verkehrsministerium ein. Höhepunkt der Kampagne war ein „Trauerzug“ am Stuttgarter Hauptbahnhof. „Die Landesregierung hat daraufhin das Gespräch mit uns gesucht“, so Guido Pontone. „Wir haben so erreicht, dass eine Zugbegleiterquote und eine Ausbildungsquote in die Ausschreibung aufgenommen wurden. Auch werden beim Personalübergang die Beschäftigungsjahre anerkannt.“



[Alle Bilder anzeigen »](#)